



Pressemitteilung

Bad Nauheim, 23. November 2019

Krankenwohl statt Kommerzialisierung: Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen fordert Umkehr im Gesundheitswesen

In einer Resolution hat die Delegiertenversammlung der Landesärztekammer gefordert, dass das Gesundheitswesen endlich wieder an den Bedürfnissen der Patienten ausgerichtet werden müsse. Eine seit Jahren unzureichende Personalausstattung führe zu Arbeitsverdichtung für Ärztinnen und Ärzte, Pflegefachkräfte und weitere Gesundheitsberufe. Daraus resultierten nicht nur Überlastung und Demotivation, sondern auch Zeit- und Zuwendungsmangel für die Patienten.

„Kommunikation ist jedoch die Basis einer therapeutischen Arzt-Patienten-Beziehung“, betonten die Ärztevertreter. Wenn das medizinische Personal in Kliniken und Praxen jeden Tag mehr als drei Stunden für medizinisch nicht notwendige Dokumentationsarbeiten aufwenden müsse, fehle diese Zeit den Patientinnen und Patienten. Die Delegierten kritisierten, dass der ökonomische Druck seit Jahren durch die fortdauernde Unterfinanzierung steige. Ausdrücklich forderten sie, dass die Länder ihren Investitionsverpflichtungen bei der stationären Versorgung nachkommen müssten.

„Ein indikationsgerechter, sparsamer am Patientenwohl ausgerichteter Umgang mit den Ressourcen ist selbstredend“, heißt es in der Resolution. Das solidarisch finanzierte deutsche Gesundheitswesen dürfe jedoch nicht für Gewinnmaximierung missbraucht werden. Gewinne sollten für bessere Arbeitsbedingungen und Reinvestitionen in die Gesundheitseinrichtungen verwendet werden. Dies gelte explizit auch für die Pflegeeinrichtungen. Gleichzeitig müssten alle Anstrengungen unternommen werden, um die auch durch Fehlanreize ausgelöste, bestehende Unter-, Über- und Fehlversorgung zu beseitigen.

Die Delegiertenversammlung rief dazu auf, Grundleistungen wie ärztliche Gespräche und Beratungen, klinische Untersuchungen und interdisziplinärer Austausch in Klinik und Praxis adäquat zu finanzieren. Dazu sei eine grundlegende Überarbeitung des bestehenden Vergütungssystems notwendig. Im jetzigen System bestehe oftmals ein Konflikt zwischen der



patientengerechten Therapie einerseits und einer erlösoptimierten Therapie andererseits.

„Ärztinnen und Ärzte müssen in die Lage versetzt werden, ihre Entscheidungen im Gespräch gemeinsam mit dem Patienten auf der Basis von Indikation und evidenzbasierter Therapie zu treffen“, erklärten die Delegierten. Die Versorgung kranker Menschen dürfe nicht Gegenstand eines rein marktwirtschaftlichen Denkens sein. Dies bedeute auch, dass sich der Staat nicht seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge entziehen und die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen dürfe.